

II- 296 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 21. Jan. 1972 No. 195/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Peter, Mitter und Genossen  
an den Herrn Bundesminister für Verkehr,  
betreffend Erhöhung der Tarife der Österreichischen Bundesbahnen.

Anlässlich der Begutachtung der im Jahre 1969 bei den Österreichischen Bundesbahnen vorgenommenen Tariferhöhungen hat der Österreichische Arbeiterkammertag mit Schreiben vom 31. 10. 1968 unter anderem ausgeführt:

"Die vom Bundesministerium für Verkehr in Aussicht genommenen Tariferhöhungen bei den ÖBB würden sich entscheidend auf das Preis- und Lohngefüge und in der Folge auf die wirtschaftliche Weiterentwicklung Österreichs ungünstig auswirken."

Der Österreichische Arbeiterkammertag warnt vor einer solchen Tarifpolitik, da die geplanten Erhöhungen nur kurzfristig eine Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Situation herbeiführen können, auf die Dauer jedoch die Abwanderung zu anderen Verkehrsträgern verstärken.

Nach Ansicht des Österreichischen Arbeiterkammertages hätte einer allfälligen Tarifregulierung eine ins Detail gehende betriebswirtschaftliche Untersuchung des Wirtschaftskörpers "Österreichische Bundesbahnen" vorauszugehen. In dieser Studie wäre u. a. zu klären, welchen volks- und betriebswirtschaftlichen Wert die ÖBB besitzen, und in welcher Weise Rechte und Verpflichtungen dieses bedeutenden Unternehmens gegenüber dem Staat und der Volkswirtschaft abzugrenzen sind."

- 2 -

Die freiheitlichen Abgeordneten sind der Ansicht, daß diese ablehnende Stellungnahme auch für die nunmehr geplante Tariferhöhung volle Gültigkeit hat. Insbesondere die Feststellungen über die Auswirkungen auf das Preis- und Lohngefüge können in einer Zeit, in der das Ausmaß der Preiserhöhungen weit über dem der Jahre 1968-69 liegt, nur unterstrichen werden. Auch ist den freiheitlichen Abgeordneten nicht bekannt, daß seit dem Jahre 1968 eine bis ins Detail gehende betriebswirtschaftliche Untersuchung der ÖBB – wie sie in der zitierten Stellungnahme gefordert wurde – tatsächlich angestellt worden ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten lehnen daher die geplante Erhöhung der Tarife der ÖBB entschieden ab und richten an den Herrn Bundesminister für Verkehr die

A n f r a g e :

1. Wurde bei der geplanten Erhöhung der Bundesbahntarife

- a) auf die Auswirkungen auf das Preis- und Lohngefüge,
- b) auf eine mögliche weitere Abwanderung vor allem des Personenverkehrs von der Schiene zur Straße

genügend Bedacht genommen?

2. Warum wurde vor der Erhöhung der Bahntarife keine bis ins Detail gehende betriebswirtschaftliche Untersuchung der ÖBB durchgeführt?